



MORSBACH

Morsbacher Rundblick

Informationen der SPD Morsbach rund um die Politik in der Gemeinde Morsbach

Das Integrierte Handlungs Konzept

6 Mio Euro Investitionen in ein neues Gesicht von Morsbach

Nach dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf sollen von 2016 bis 2019 etwa 4,7 Millionen Euro für die Umgestaltung des Zentralortes Morsbach und 1,3 Mio. € für Lichtenberg ausgegeben werden. Der Gemeindehaushalt trägt davon 40 % (=2,4 Mio. €). Viel Geld, für deren Ausgabe die Bürger begeistert werden müssen, damit auch noch private Ergänzungs- und Folgeinvestitionen angeregt werden. Auf jeden Fall sollte auch der Ort Holpe Berücksichtigung finden und das Bahngelände in die Überlegungen mit einbezogen werden, fordert die SPD.

Nicht zu Ende gedacht!

Schön wäre sie - auf den ersten Blick -, die Grundsteuer-Bremse, wie sie von der Opposition im Landtag gefordert wird. Doch, woher sollen die Kommunen sonst ihre Einnahmen herbekommen. Nicht zuletzt deswegen lehnen die kommunalen Spitzenverbände diese rein politisch motivierte Idee ab. Völlig zu Recht, wie die SPD Morsbach meint. Man darf nur nicht übertreiben, siehe Bergneustadt. Auch deshalb unser Antrag für 2016 die Grundsteuer stabil zu halten.

Nein zu Pegida - Ja zu Vielfalt und Toleranz in Deutschland

Für die SPD im Rat der Gemeinde Morsbach ist klar: „PEGIDA“ ist ein Angriff auf das friedliche Zusammenleben, auf die Vielfalt und die Toleranz, auf Meinungsfreiheit, Redefreiheit und Pressefreiheit, aber auch auf die Freiheit der Religionsausübung.

„PEGIDA“ schürt gezielt Ängste und Vorurteile. Teils versteckt, teils offen werden rassistische Schablonen bedient. Auf der Suche nach einem Sündenbock findet „PEGIDA“ dann schnell Flüchtlinge und MigrantInnen. Wir weisen diesen Angriff zurück!

Bisher haben die „PEGIDA“-Demonstrationen einen Schwerpunkt in Sachsen, aber auch hier bei uns ist die Politik gefragt.


Schlagzeilen aus der Gemeinde:

Bei der turnusgemäßen Wahl des Vorstandes des Ortsvereins der SPD Morsbach hat es keine Veränderung gegeben. Vorsitzender bleibt **Karl-Heinz Schramm** aus Wallerhausen, Stellvertreter sind nach wie vor Tobias Schneider und Karl-Ludwig Reifenrath. Die Kasse wird weiter von Klaus Krebber geführt und als Schriftführer fungiert Sebastian Schneider.

Der von **Bürgermeister Bukowski** vorgelegte Haushaltsentwurf fand eine Mehrheit im Gemeinderat, obwohl sich wieder einmal die größte Fraktion verweigerte. Die SPD Fraktion hatte beantragt:

- Einen Ansatz zur Eigentumsförderung für junge Familien zu bilden
- Mittel aus dem IHK auch für Holpe und das Bahngelände vorzusehen
- Wohnungen zu bauen, zunächst evtl. für Wohngemeinschaften für Flüchtlinge, später alternativ zu nutzen und hatte damit diese Themen erfolgreich in die Diskussion gebracht und daher dem Haushalt zugestimmt, insbesondere um die Fesseln der vorläufigen Haushaltsführung, bei der nichts mehr geht, zu vermeiden. Auch die Anträge zur Erstellung eines Baulückenkatasters, zur Einrichtung einer Bürgeranlaufstelle und die Prüfung der Einführung von E-Mobilität für die Verwaltung bleiben auf der Tagesordnung.

Die Gebühren für Wasser und Abwasser bleiben unverändert, ebenso die Grundsteuer!



Wir wünschen allen
Bürgerinnen und
Bürgern
frohe Weihnachten
und einen guten
Start ins neue Jahr.

Ein etwas anderes „Flüchtlingskonzept“

Der Zustrom von Flüchtlingen, nicht nur aus Kriegsgebieten, wird anhalten, eher zunehmen.

Über einen Zuwachs an Einwohnern kann sich eine kleine Landgemeinde wie Morsbach grundsätzlich nur freuen. Denn als Region mit sinkenden Einwohnerzahlen sind wir auf Zuzug angewiesen. Wir brauchen Bürger, damit unsere Kommune und unsere Wirtschaft weiter funktioniert, damit wir Schulen, Schwimmbäder und unsere kommunale Infrastruktur erhalten können.

Wenn es gelingt Flüchtlingsgruppen zugewiesen zu bekommen, die eine der Bevölkerung von Morsbach ähnliche Struktur



aufweisen, ist das ein Gewinn für unsere Gemeinde und keine Belastung. Ein Morsbacher Flüchtlingskonzept darf sich daher nicht auf die Lösung der Frage der Unterbringung und rudimentärer Betreuungsangebote beschränken-wie in meisten Kommunen- sondern muss darüber hinausgehen. Es muss gelingen die „Neubürger“ möglichst dauerhaft in unsere Gesellschaft einzubinden. Integration ist das Zauberwort.

Ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt:

Kein vernünftiger Unternehmer investiert in alternde und aussterbende Kommunen, weshalb das einfachste Wachstumsprogramm u.a. für Morsbach Einwanderung heißt.



Toleranz, Verbundenheit, Unterstützung, Integration

Die SPD Morsbach bedankt sich ganz herzlich bei den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich in der „Bürgerhilfe Asyl“ organisiert haben und dort mit viel Engagement und mit noch mehr Energie die Flüchtlinge in Morsbach unterstützen und damit die Integration fördern.

Stillstand in Morsbach? Das will die SPD nicht!

Verfolgt man das derzeitige politische Geschehen in Morsbach, insbesondere die Beschlüsse zum Haushalt des nächsten Jahres, wundert sich der Eine oder Andere.

Klar ist, die Gemeinde allein ist kaum in der Lage aus eigener Kraft das einzusparen, was wir zur Konsolidierung unseres Haushalts benötigen. Logisch ist aber, wenn man nicht mehr investiert und nur noch spart, wird die Gemeinde sehr schnell einen rückläufigen Prozess erfahren. Nur Investition kann zum Erfolg beitragen. Versprechen doch Bundes-, Landes- und Bezirksregierung die Städte und Gemeinden dabei mit Förderprogrammen unterstützen zu wollen. Ganz ohne eigenes Dazutun ist dies natürlich nicht möglich. Mit einem „Integrierten Handlungskonzept“, was aber einen genehmigten Haushalt voraussetzt, würden sich wieder neue Wege auftun, um weiter zukunftsweisend zu planen.

Das soll nach dem Willen der größten Fraktion im Gemeinderat so nicht sein. Den Haushalt hat sie abgelehnt.

Was würde denn passieren, wenn auch wir den Haushalt nicht beschlossen hätten?

- Wir hätten in der Gemeinde Morsbach Stagnation.
- Wirtschaftswachstum wäre nicht mehr möglich.
- Keinerlei Eigenbestimmung hätte mehr Bestand.
- Wir würden verwaltet ohne die Möglichkeit des eigenen Dazutuns.

Etwas Schlimmeres kann einer Gemeinde in dieser Zeit überhaupt nicht passieren. Förderanträge, schnelles Internet, Tourismusbelebung - alles wäre Wunschdenken und kaum mehr machbar.

Beachtet man den Text, mit dem der neu gewählte Politiker verpflichtet wird, ist eine solche Verweigerung nicht mehr nachvollziehbar. Da ist nämlich von Pflichten zum Wohle der Gemeinde die Rede.

Mehr Informationen finden Sie im Internet
unter www.spd-morsbach.de